



Liebe kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Lage der Tierheime wird immer prekärer. Viele Tierheime kämpfen um ihre Existenz.

Die Gründe für die Situation sind vielfältig: Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch der Sozialgesetzgebung schlagen sich im praktischen Tierschutz negativ nieder. Auf der einen Seite gehen Spendenaufkommen und Sponsoringleistungen weiter zurück, auf der anderen Seite werden immer mehr Tiere aus finanziellen Gründen abgegeben. Die Verweildauer von Tieren in den Tierheimen hat sich dramatisch erhöht, die Kosten steigen stetig. Es sind erhebliche bauliche Investitionen notwendig, die derzeit von den Tierheimen nicht finanzierbar sind.

Seit Jahrzehnten übernehmen die Tierheime als Tierschutzeinrichtungen öffentliche Aufgaben – und das mit großem Engagement und letztlich auch zur Entlastung der kommunalen Haushalte. Denn die Fundtierverwaltung ist eine Pflichtaufgabe. Eine breit angelegte Umfrage hat nun ergeben, dass die Kommunen durchschnittlich 25 Prozent der im Tierheim anfallenden Kosten übernehmen, aber knapp 80 Prozent der Leistungen abrufen.

Die Tierheime sind nicht mehr länger in der Lage, auf dieser Basis Aufgaben für die öffentliche Hand zu übernehmen. Derzeit könnte ich den uns angeschlossenen über 700 Tierschutzvereinen mit mehr als 500 vereinseigenen Tierheimen nur raten, eine Fundtierbetreuung abzulehnen. Aber das ist nicht mein, sicher auch nicht Ihr Ziel. Abgesehen von einem Rückschlag für den Tierschutz insgesamt, wären Insolvenzen der Tierheime auch für Ihre Kommunen tragisch: Die Fundtierbetreuung müssten Sie in eigener Regie übernehmen.

Tierheime sind für eine soziale Gesellschaft wichtig: Wir übernehmen zusätzlich viele pädagogische und therapeutische Aufgaben. In den Tierheimen werden Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen. In der Regel sind Investitionen in den Tierschutz mit Aufträgen für lokales Handwerk verbunden.

Wir haben bereits alles versucht, mit Ihren kommunalen Spitzenvertretern ins direkte Gespräch einzutreten. Leider wurde ein mit den jeweiligen Präsidenten vereinbartes Spitzengespräch kurzfristig abgesagt. Deshalb wende ich mich heute direkt an Sie: Bitte helfen Sie uns, Lösungen zu finden.

Sicher, es geht um langfristige, überregionale Lösungen: Ein bundesweit einheitlicher Rahmen für die „Fundtierkostenerstattung“ und die Schaffung eines dauerhaften Investitionsfonds und eines Nothilfefonds in den öffentlichen Haushalten.

Es kommt jetzt aber auf Sie vor Ort an. Ich appelliere an Sie: Unterstützen Sie den örtlichen, uns angeschlossenen Tierschutzverein als Ihren Partner. Es ist auch in Ihrem Interesse, die Tierheime zu erhalten.

Ich stehe Ihnen gerne für weitere Informationen zur Verfügung: [wolfgang.apel@tierschutzbund.de](mailto:wolfgang.apel@tierschutzbund.de) oder unter Telefon 0228 - 60 496 - 10.

Wolfgang Apel,  
Präsident des Deutschen Tierschutzbundes